

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Bestellungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlegungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Bestellungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 153

Dienstag, den 3. Juli 1928

23. Jahrgang

Der Treuschwur des Saargebiets zum Reich

Heidelberg, 1. Juli. Der Bund der Saarvereine trat hier zu seiner 8. Bundesversammlung zusammen. Die Tagung wurde gestern mit internen Sitzungen eröffnet. Am Abend fand ein großes Festkonzert des Saarländischen Bundes statt. Die Arbeitstagung begann heute vormittag im Bürgerauschussaal. Als erster referierte Professor Dr. Moldenhauer (M. d. R.) über die Saarfrage im Rahmen der deutsch-französischen Verständigungspolitik. Der Redner führte u. a. aus: „Die Franzosen vergessen, daß das Saargebiet seit dem 19. Jahrhundert nach Christi von deutschen Stämmen besiedelt und daß 1925 unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung die tausendjährige Zugehörigkeit zu Deutschland gefeiert worden ist. Ihr krasser Eigennutz ist es, der den Vertrag gegen das gerade von der Entente immer wieder betonte Selbstbestimmungsrecht der Völker rechtfertigen soll.“

Nachdem der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Techniker Krug-Verlin auf die Warnung (Frankreichs Kohlen- oder Landraub) die Aufmerksamkeit der Versammlung gelenkt hatte, sprach Direktor Köppler-Verlin über „Die Not und die Treue der arbeitenden Bevölkerung an der Saar“ und drückte die Hoffnung aus, daß man es im Saargebiet nicht erst zur Volksabstimmung kommen läßt, sondern daß man es baldigst freiläßt und ungehindert heimkehren läßt nach Deutschland.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsauschusses, Dräger-Verlin, referierte darauf über „Das Saarrecht und die Kriegsschuldfrage“. Als letzter Redner hielt Geheimrat Dr. v. Dryander (M. d. R.) einen Vortrag über „Der Treuschwur und seine Mißhandlung im Saargebiet“. Der Redner erklärte, die im Saargebiet herrschende Tyrannei verleihe nicht nur alle demokratischen, sondern alle in der Kulturwelt selbstverständlich gewordenen Grundrechte über die Mitwirkung des Volkes in der Bestimmung seines Geschicks in grober und feibolter Weise.

Am Nachmittag wurde im Hofe des Heidelberger Schlosses von mehr als 1200 Sängern des Saarländischen Bundes unter Leitung des Bundeschormeyers Schrimpf-Saarbrücken eine große Kundgebung veranstaltet. Darauf hielt der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andres-Frankfurt a. M., die Begrüßungsansprache. Zum Schluß seiner Ansprache wurde ein Telegramm des Reichspräsidenten verlesen, das von der großen Menschenmenge mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Bürgermeister Wieland-Heidelberg richtete an die Versammlung einen herzlichen Willkommensgruß. Darauf führte Stadtschulrat Bongard-Saarbrücken, Vorsitzender des Saarländischen Bundes, in einer Festansprache u. a. aus: „Deutsch war die Saar, deutsch ist die Saar, deutsch muß und wird die Saar sein und bleiben, wenn sie überhaupt sein und bleiben, leben und blühen soll!“

Darauf ergriff Reichsminister a. D. Dr. Well (M. d. R.) das Wort zu einer Festansprache, in der er sagte: „Als vor neun Jahren ein unseliger Versailer Nachspruch, die Stimme des Siegers, jedoch nicht die Stimme der Vernunft und der Gerechtigkeit ländernd, ferndeutsches Saarland, ein Jahrtausend hindurch mit Deutschland in Sprache und Sitte, Kultur und Wirtschaft eng und unaufschieblich verbunden, grausam loslöste vom deutschen Stammesland und untragbarer Fremdherrschaft unterstellte, da blutete todeswund die deutsche Seele, da eine bittere Not und herbes Leid alle Deutschen zu tiefstem Mitgefühl, zu engster Verbundenheit mit ihren so schicksalsschwer heimgesuchten Saarbrüdern und Schwestern vereinte. Doch heroische deutsche Treue setzte sich überall dort, jeglichen Versuchungen kraftvoll widerstehend, alle Leiden und Schmerzen opfermütig ertragend, ein Denkmal dauernder als aus Erz. Ueber Saardeutschland und besetztes Gebiet kann keine Meinungsverschiedenheit unter Deutschen bestehen. So antwortet dem die deutschen Völker in harmonischem Einklang durchdringenden Ruf der gesamten Saarbevölkerung:

„Wir wollen frei sein wie unsere Väter waren!“

Wiesmilionenfaches Echo aus allen deutschen Gauen und auch aus dem Ausland, soweit dorthin die deutsche Junge Klingt: Wir stehen zu Euch bis zum Tode, getreu in Blutsbrüderschaft unaufschieblich mit Euch vereint! Der allseitige Ruf nach unverzüglicher Wiedervereinigung von Saarland und Saarbevölkerung mit dem deutschen Vaterland darf nicht ungehört verhallen. Notwendige Voraussetzung zur Durchführung des Friedensgedankens, dieses ragenden Kulturproblems, ist die unbedingte Gleichberechtigung und Gleichwertung aller völkerverbindenden Beziehungen. Wir aber wollen diese

ernste Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne unserer machtvollen Kundgebung das bleibende Gepräge aufzudrücken durch den Küstenschwur, zu dem alle Deutschen aus unbeflegtem wie belegtem Gebiet und von der Saar ihre Hände und Herzen erheben: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“

Nach dieser mit donnerndem Beifall aufgenommenen Rede erhoben die Festteilnehmer zum Treuschwur förmlich die rechte Hand. Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin verlas darauf die von der Vertretertagung beschlossene und einstimmig angenommene Entschliebung, in der festgestellt wird, daß der feste Wille des Volkes an der Saar, das rein deutsch und ohne jede fremde Beimischung ist, die Wiedervereinigung mit der deutschen Wirtschaft und der deutschen Regierung fortgesetzt und einmütig fordert. Mit Abscheu weist die Saarbevölkerung die neuesten Pläne gewisser französischer Kreise, die das klar umschriebene Recht Deutschlands, die Gruben zurückzukaufen, verweigern wollen, zurück. Meistens Gefahr ist im Ber-

Ausprache über die deutschen Vorschläge

Genf, 30. Juni. Die artikelweise Beratung der deutschen Vorschläge im Sicherheitskomitee beschränkte sich trotz fast vierstündiger Sitzung auf die beiden ersten Punkte. Diese enthalten die im voraus einzugehende Verpflichtung der an der Konvention teilnehmenden Staaten: 1. im Falle eines vor den Rat gebrachten Streitfalles dessen vorläufige Entscheidungen zur Verhütung einer Verschlimmerung des Konfliktes und 2. die Empfehlungen des Rates zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo zur Ausführung zu bringen.

Während sich der holländische Vertreter Rutgers und der schwedische Delegierte Lindén dafür aussprachen, erklärte Lord Cushendun, die erste Verpflichtung nur mit sehr einschneidenden Änderungen annehmen zu können, während er sich über die zweite Verpflichtung vollkommen negativ aussprach. Staatssekretär v. Simson wies die Argumente des englischen Delegierten zurück, indem er vor allem betonte, daß diese Verpflichtung die Lage des Rates nicht erschwere, sondern vielmehr verstärke, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der deutschen Delegation sich beseitigen ließen. Auf den von Lord Cushendun ausgeprochenen Wunsch nach Zurückziehung der zweiten Verpflichtung konnte er nicht eingehen. Sozial (Polen) erklärte, daß seine Regierung zu beiden Punkten eine zustimmende Haltung einnehme, forderte aber in Bezug auf die Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo ein weitgehendes Kontrollrecht des Völkerbundes, da sonst jedes System zur Kriegsverhütung wertlos und unwirksam bleibe. Eine rasch und leicht durchführbare Kontrolle sei für den Rat zu treffende kriegsverhütende Maßnahmen wesentlich und absolut unentbehrlich, und die deutsche Delegation sollte nach seiner Auffassung ihre Anregungen durch Kontrollvorschläge ergänzen. Der italienische General de Martini bezeichnete unter Berufung auf die langwierigen Beratungen des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes Kontrollbestimmungen als undurchführbar und unwirksam. Paul Boncour, der diese Frage als das Kernproblem der ganzen Debatte bezeichnete, unterstrich unter Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen ebenfalls die Notwendigkeit von weitgehenden und wirksamen Kontrollbestimmungen und benutzte die Gelegenheit, die bekannte französische These über Sanktionen und gegenseitige Unterstützung gegen den Staat zu entwickeln, der sich den Empfehlungen des Rates nicht unterwirft. Die Verwirklichung dieser Gedanken könne von der Annahme der im voraus zu übernehmenden Verpflichtungen im Sinne der deutschen Vorschläge nicht getrennt werden. Im übrigen könnten die deutschen Vorschläge in die bereits vorhandenen Musterverträge des Sicherheitskomitees über gegenseitige Unterstützung vielleicht hineingearbeitet werden. Staatssekretär v. Simson sagte das Ergebnis der bisherigen Aussprache dahin zusammen, daß die Frage der Durchführbarkeit der Bestimmungen über die Wiederherstellung des normalen militärischen Status quo nicht nur vom rein militärischen Standpunkt betrachtet werden könne, sondern starken politischen Einschlag habe. Angesichts des Widerstandes gegen die von Frankreich und Polen vorgetragene Kontrollidee sei es Sache dieser Staaten, Vorschläge zu machen, die die Gegner dieser These überzeugen würden.

Es gibt nur eine Abhilfe: Ein Ende zu machen mit dem Saarexperiment des Versailer Vertrages, das sich in acht Jahren als völlig verfehlt erwiesen hat, durch die ungeschmälerte Rückgabe des Saargebietes und seiner Kohlenlager an Deutschland.

Die Kundgebung endete mit dem von allen Anwesenden begeistert gefungenen Deutschlandlied. Als Abschluß fand am Abend eine Beleuchtung der Heidelberger Schlossruine und ein großes Feuerwerk statt.

Telegramm des Reichsministers für die besetzten Gebiete an den Bund der Saarvereine.

Berlin, 30. Juni. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, von Guérard, hat an den Bund der Saarvereine, der in diesen Tagen in Heidelberg zu seiner diesjährigen Tagung versammelt ist, heute ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Bund zu seiner 8. Jahrestagung herzliche Grüße und Wünsche für guten Verlauf und fruchtbare Auswirkung der Beratungen ausdrückt. Saarnot und Besatzungsnot erinnerten gemeinsam das deutsche Volk an das, was es den deutschen Brüdern und Schwestern im Westen schuldig sei. Die Kundgebung möge anspornen zum nimmermüden Wirken für die Freiheit an Rhein und Saar.

Die Arbeiten des Sicherheitskomitees.

Genf, 30. Juni. Das Sicherheitskomitee hat heute nachmittag in Bezug auf die deutschen Anregungen zum Ausbau der kriegsverhütenden Maßnahmen nach kurzer Aussprache den vorläufigen Beschluß gefaßt, daß das Redaktionskomitee, in dem auch Deutschland vertreten ist, einen Musterkollektivvertrag im Sinne der deutschen Vorschläge auszuarbeiten soll. In der Aussprache erklärte der englische Delegierte Lord Cushendun, daß er verschiedene Vorbehalte geltend machen müsse, falls die deutschen Vorschläge in die Form eines allgemeinen Protokolls gebracht werden sollten. Er hoffe deshalb, daß die deutsche Delegation nicht auf die Form eines allgemeinen Protokolls bestehen werde. Nach weiteren Erklärungen der Vertreter Japans, Italiens und Frankreichs, die Lord Cushendun im wesentlichen unterstützten, betonte Staatssekretär v. Simson nochmals die Vorzüge eines allgemeinen Protokolls, das allen Staaten zum Beitritt offen stehen würde. Die deutsche Delegation bestrebe aber nicht auf dieser Form, sofern von zweiseitigen Verträgen, die völlig wertlos seien, abgesehen werde und das Redaktionskomitee den Auftrag erhalte, einen Musterkollektivvertrag auszuarbeiten, dem alle Staaten beitreten könnten, wobei jedoch der Umfang der Kollektivverträge zunächst unbestimmt bleibe. Der Berichterstatter Kollin-Jacquemins (Belgien) sprach sich gleichfalls dagegen aus, daß die deutschen Anregungen in Form eines zweiseitigen Vertrages gegeben würden. Er bezeichnete die Form des Kollektivvertrages, der möglichst viele Staaten umfassen solle, als notwendig und verwarf schließlich auch die Form eines Regionalvertrages, da es sich bei den deutschen Vorschlägen nicht um regionale, sondern um viel weitgehende Interessen handele.

Das Sicherheitskomitee trat dann in die Einzelberatung ein, bei der Paul Boncour und Sozial auf die Frage der Aufstellung zweiseitiger Musterverträge für die deutschen Vorschläge zu sprechen kamen, über die erst nach gründlicher Durchberatung im Redaktionskomitee entschieden werden könne. Der Vorsitzende Benesch ließ gleichfalls die Möglichkeit offen, daß dem Redaktionskomitee neben dem Musterkollektivvertrag auch ein zweiseitiger Mustervertrag auszuarbeiten werde.

Zunahme des Opiumbaues in China.

Die Wirren in China in den letzten Jahren haben die unerfreuliche Folge gehabt, daß die Opiumerzeugung wieder außerordentlich zugenommen hat. Seit dem kaiserlichen Edikt von 1907, das eine strenge Einschränkung des Opiumbaues nach sich zog, war keine Ernte so reich wie im vergangenen Jahre. In der Provinz Kwetschau übertrafen die mit Lohn bestellten Pflanzereien an Umfang bei weitem die Kornselder. Daraus ergibt sich eine bedenkliche Knappheit an Getreide mit all ihren verhängnisvollen Folgen. In manchen Teilen Chinas bildet das Opium heute die Haupteinnahmequelle für die Regierung, da das Raufgift hoch besteuert wird. Diese Steuern bilden indessen durchaus kein Hindernis für eine Ausdehnung der Produktion; denn so hoch sie an sich auch sind, angeht die Preisgewinne, die der Opiumhandel abwirft, fallen sie gar nicht ins Gewicht. Eine Traglast Opium gewinnt mit der Annäherung an die Küste oder an schiffbare Flüsse so ungemein an Wert, daß der Besitzer die Ausgaben für Steuern, Transport und dergleichen kaum in Rechnung zu stellen braucht.